

Für den Frieden im Nahen Osten : Sozialisten suchen einen Weg

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347569>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Für den Frieden im Nahen Osten — Sozialisten suchen einen Weg

Die – in den Tageszeitungen nur kurz gestreifte – «Wiener Erklärung» vom 10. Juli 1978, ausgegeben von Willy Brandt und Bruno Kreisky, der erstere Präsident, der andere einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, verdient in ihren entscheidenden Teilen als eine bedeutende sozialistische Initiative zur Ermöglichung einer friedlichen Lösung im Nahen Osten wörtlich wiedergegeben zu werden. Wie man weiss, ist es durch Vermittlung des österreichischen Regierungschefs Bruno Kreisky schon zum zweitenmal zu einer Aussprache zwischen dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem Führer der israelischen Sozialisten Simon Peres gekommen; an den Besprechungen in Wien hat Willy Brandt teilgenommen. Da die Arbeiterpartei Israels durch den Ausgang der Wahlen im Mai 1977 in die Opposition gedrängt worden ist, konnte es sich hier um keine Verhandlungen im engeren Sinne des Wortes handeln, weil die israelischen Sozialisten der Regierung ihres Landes nicht ins Handwerk pfuschen wollen. Nichtsdestoweniger haben die Wiener Gespräche zur Klärung der Atmosphäre beigetragen und haben Brandt und Dr. Kreisky zu einem Versuch veranlasst, einen sozialistischen Friedensplan auszuarbeiten, der zwar nicht die Lösung eines der verwickeltsten Probleme der Gegenwart bringen kann, aber eine Lösung näher bringen und den toten Punkt überwinden könnte, wenn er angenommen wird.

«Unsere Initiative», heisst es einleitend, «erfolgte im Geist der Grundsätze der Sozialistischen Internationale, die die Beilegung internationaler Konflikte durch friedlichen Dialog im Geiste der menschlichen Solidarität vorsehen.» Die Autoren glauben, die gemeinsamen Auffassungen der sozialdemokratischen Bewegung durch ihre Vorschläge richtig zu interpretieren – es handelt sich also noch um keine formellen Beschlüsse der Internationale, die zu der Wiener Erklärung auf der nächsten Bürositzung der Internationale im September 1978 in Paris und am nächsten Kongress im November in Vancouver (Kanada) Stellung nehmen wird.

Die beiden ersten Absätze der Erklärung betonen die Notwendigkeit der Fortführung von Friedensgesprächen zwischen Ägypten und Israel. Im Nahen Osten müsse ein neues System regionaler Beziehungen, aufgebaut auf enger Zusammenarbeit, geschaffen werden. Der Kern des Problems ist in den nächsten beiden Absätzen angesprochen:

«Ein wichtiges Element in der Friedensregelung ist die Schaffung sicherer Grenzen im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrates 242 und 338. Israel würde sich in jedem Sektor bis zu den so vereinbarten Grenzen zurückziehen. Die genaue Festlegung der Friedensgrenzen bliebe den Friedensverhandlungen vorbehalten. Es sollten auch Vorkehrungen für Demilitarisierung und für israelische Schutzmassnahmen in Gegen-

den vorgesehen werden, in denen es die Notwendigkeiten der Sicherheit erfordern.

Die Schaffung des Friedens hat die Lösung des palästinensischen Problems in allen seinen Aspekten zur Notwendigkeit. Sie muss die Anerkennung der Rechte der Palästinenser zur Mitbestimmung ihrer Zukunft im Wege von Verhandlungen einschliessen, an denen sie durch ihre gewählten Vertreter teilnehmen.»

Zum Verständnis sei gesagt, dass die Resolution des Sicherheitsrates 242 aus dem Jahre 1967 die einzige gemeinsame Grundlage für eine Beilegung des Konflikts ist, für die auch die Sowjetunion gestimmt hat. Sie leidet darunter, dass ihr englischer Text (sie wurde in dieser Sprache abgefasst und nur in ihr diskutiert) von der Räumung «1967 besetzter Gebiete durch Israel» spricht, die französische Fassung aber von der Räumung «der 1967 besetzten Gebiete», also aller. (Die Resolution 338 aus dem Jahre 1973 verweist die Parteien auf den Verhandlungsweg.) Ohne es direkt zu sagen, hält sich die Wiener Erklärung an den englischen Text: Israel soll die Gebiete räumen, die ihm nicht auf Grund einer Friedensregelung zufallen.

Die Wiener Erklärung wurde sofort von Moskau und den Sadats Friedensinitiative ablehnenden arabischen Staaten dafür kritisiert, dass in ihr nichts vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und einem eigenen palästinensischen Staat steht. Sie lehnt ihn aber auch nicht ab, sondern legt allen Nachdruck auf den Verhandlungsweg. Die Wendung von den gewählten Vertretern der Palästinenser scheint die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), die in Israel illegal ist, als Verhandlungspartner auszuschliessen.

Wiewohl die Erklärung von Brandt und Kreisky Israel Opfer auferlegt, für die auch die sozialistische Opposition in Israel noch keine Bereitschaft gezeigt hat, hat Simon Peres auf Anfragen, die an ihn bei einer Pressekonferenz in London gerichtet wurden, diese begrüsst und ihr im grossen und ganzen zugestimmt.

J. W. Brügel